

Die Bunte Republik – ein neuer Staat?



In wenigen Tagen jährt sich am 3. Oktober Wulffs Skandalrede von der „Bunten Republik“ zum ersten Mal. Wenn der Präsident eines Landes diesem Land einen neuen Namen gibt, markiert ein solcher Schritt immer einen historischen Wendepunkt. Steht Wulffs berühmte Rede von 2010 also für das faktische Ende des Staates Bundesrepublik, jenes Staates, der 1949 mit dem Versprechen von Freiheitlichkeit und Demokratie zum „Nutzen des deutschen Volkes“ antrat? Steht Wulffs Rede von 2010 für den Beginn einer neuen Epoche der deutschen Geschichte, der Epoche eines Staates „Bunte Republik“, dem das deutsche Volk nur noch lästig ist und dessen Ideologie im Kern weder freiheitlich noch demokratisch ist?

(Von Stefan Winter)

Die Bundesrepublik war ursprünglich ein Staat, der nach der dunklen Phase des national-sozialistischen Totalitarismus zumindest in seinen ersten Jahren dem Ideal der Freiheitlichkeit verbunden war: Freiheitlichkeit im Sinne der Freiheit aller Bürger von staatlichem Zwang, Bevormundung und Unterdrückung, wie sie sowohl durch die NSDAP als auch die Kommunisten in der „DDR“ praktiziert wurden. Die Bundesrepublik war daher zu Beginn ihrer Geschichte vor allem ein antitotalitärer Staat, das Grundgesetz ein verfassungsrechtlicher Rahmen, der die Deutschen vor

totalitären Machtansprüchen des Staates schützen sollte. Auch der im Grundgesetz verankerte Hinweis auf den „Nutzen“ des deutschen Volkes war angesichts der katastrophalen Ergebnisse der NSDAP-Herrschaft und der sich schon früh abzeichnenden verheerenden Folgen der kommunistischen Diktatur in den von Stalin besetzten Gebieten in erster Linie als Schutzbestimmung gedacht. Es war nämlich ganz offensichtlich nicht zum Nutzen des deutschen Volkes, einen Krieg zu führen, der deutsche Städte dem Erdboden gleichmachte und mit dem Verlust großer Landesteile endete. Und es war auch nicht zum Nutzen des deutschen Volkes, die Deutschen mit Hilfe der Planwirtschaft systematisch zu verarmen, ihnen das Recht auf freie Rede zu nehmen und bald schon in den Rücken zu schießen, wenn sie von Magdeburg nach München reisen wollten.

Auch das bundesrepublikanische Staatsprinzip der Demokratie war auf dieses Ziel eines freiheitlichen, antitotalitären Staates ausgerichtet: Durch „Wahlen und Abstimmungen“ sollte den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, in die staatliche Macht einzugreifen, politische Fehlentscheidungen des Parlaments (Stichwort: Ermächtigungsgesetz) zu korrigieren und somit Herrschaftsverhältnisse, die dem Nutzen der Deutschen zuwiderlaufen, zu verhindern. Das sich gegenwärtig abzeichnende Scheitern der Bundesrepublik, eines heute ethnisch zersplitterten, im Inneren zunehmend unfriedlichen, finanziell bankrott regierten Staatswesens, liegt genau darin begründet, dass dieses Prinzip der Demokratie von Anfang an nur halbherzig umgesetzt wurde: Die andere Hälfte der versprochenen Demokratie, die „Abstimmungen“, hat es ja bekanntlich nie gegeben. Hätten die Deutschen nach 1949 jemals abstimmen dürfen, wäre es mit größter Wahrscheinlichkeit weder zum Anschluss Deutschlands an eine undemokratische EU gekommen noch zur dauerhaften Ansiedlung der Gastarbeiter. Genau diese beiden verhängnisvollen Entscheidungen aber legten den Kern für den Niedergang der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik und die gegenwärtige Wiederbelebung totalitärer Tendenzen, wie sie uns nunmehr in der 2010 durch Wulff

ausgerufenen „Bunten Republik“ begegnen.

Diese „Bunte Republik“ hat einen grundsätzlichen Geburtsfehler. Ihr Fundament, die dauerhafte Ansiedlung der Gastarbeiter, war nie mehrheitsfähig und wird angesichts der desaströsen Bilanz von 50 Jahren real existierendem Multikulturalismus auch nie mehrheitsfähig werden. Die politischen Führer der „Bunten Republik“ müssen daher zwangsläufig zu totalitären Methoden greifen, um den Bestand ihres Systems abzusichern. Wir haben an der Hetze gegen Sarrazin bereits miterlebt, mit welcher Aggressivität schon heute gegen jede Kritik an der herrschenden Doktrin vorgegangen wird – die endgültige Abschaffung der freien Meinungsäußerung in punkto staatliche Einwanderungspolitik ist nur noch eine Frage der Zeit. Wir verfolgen aktuell mit Schrecken, wie die „Bunte Republik“ in der Tradition der NSDAP dazu übergeht, in Deutschland wieder Menschenquoten zu schaffen und uns Bürgern aufgrund ererbter Kriterien wie Geschlecht und Abstammung verschiedene Rechte zuzuweisen. Wir ahnen, dass der gegenwärtig mit fast krimineller Energie vorangetriebene Abbau der Demokratie durch Entmachtung des Bundestages zugunsten ungewählter EU-Apparatschiks am Ende vor allem jenen nützen wird, denen eine demokratische Kontrolle ihrer Staatsidee „Bunte Republik“ gefährlich werden kann, da sie nur Mindermeinungen vertreten: extremistischen Multikulturalisten und ausländischen Nationalisten, die sich als fünfte Kolonne fremder Staaten verstehen und derzeit das deutsche Verwaltungswesen unterwandern. Aus selbem Grund wird es in der „Bunten Republik“ auch niemals „Abstimmungen“ über die staatliche Siedlungspolitik und den radikalen ethnischen Umbau unseres Landes geben, und natürlich kennt die „Bunte Republik“ auch keinen „Nutzen des deutschen Volkes“: Vielmehr verleugnen ihre politischen Führer sogar die Daseinsberechtigung eines „deutschen Volkes“, und ganz offensichtlich ist es nicht zum Nutzen des deutschen Volkes, wenn in Frankfurt oder Köln bald gar kein deutsches Volk mehr lebt.

Ist es also wirklich an der Zeit, sich von der gutgläubigen Vorstellung zu verabschieden, dass wo „Bundesrepublik“ drauf steht, noch Bundesrepublik drin ist? Leben wir tatsächlich bereits im Jahr 1 eines Nachfolgestaates „Bunte Republik“, eines Staates, dem 2010 nicht nur höchstamtlich ein neuer Name gegeben wurde, sondern dem auch ein völlig neues Staatskonzept zu Grunde liegt: ein unfreiheitliches, bekennend halbdemokratisches, zunehmend totalitäres Staatswesen, das den Deutschen gar keinen Nutzen bringen will, sondern dessen Zielsetzung es zu sein scheint, den Deutschen in jeder nur erdenklichen Hinsicht zu schaden? Die genaue Umkehrung der bundesrepublikanischen Staatsidee also? Noch scheint eine solche These zu ungeheuerlich, um ihr voll und ganz zuzustimmen. Zweifellos aber steht Deutschland wieder einmal an einem historischen Scheideweg, und es liegt allein an uns, entweder passiv zuzusehen, wie uns unsere Führer in eine finstere, totalitäre Zukunft namens „Bunte Republik“ verschleppen, oder endlich durch entschlossenes, unermüdliches politisches Engagement jene freiheitliche, demokratische Bundesrepublik mit „Wahlen und Abstimmungen“ zum „Nutzen des deutschen Volkes“ zu errichten, die uns 1949 versprochen wurde.

Der Autor ist Verfasser des Buches „Angela Mogel & Kollegen: So kriegen Sie das Land kaputt! Selbstzerstörung – aber richtig!“